



Medienmitteilung vom 1. Dezember 2009

Missachtung des Volkswillens! Wie lange noch?

Gestern vor einem Jahr haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Kantons Zürich der uneingeschränkten Wahlfreiheit beim Medikamentenbezug zugestimmt. Die Umsetzung des Volkswillens wird seither durch akribische Ausschöpfung aller Rechtswege und Rechtsmittel blockiert.

Für das Initiativkomitee, für viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, aber vor allem für Patientinnen und Patienten ist es unverständlich und stossend, dass unsere Gerichte zur Beurteilung des Volksentscheides derart viel Zeit benötigen. Der Sachverhalt ist einfach:

Vier gewonnene Abstimmungen

In drei kantonalen Abstimmungen (1981, 2001 und 2003) hat der Zürcher Souverän alle Versuche, die ärztliche Medikamentenabgabe einzuschränken, klar abgelehnt. In logischer Konsequenz wurde am 30. November 2008 in einer vierten Abstimmung einer liberalen Lösung zugestimmt und damit auch der einstigen gerichtlichen Forderung nach einer Gleichbehandlung von Stadt- und Landbevölkerung Nachachtung verschafft. Wer heute behauptet, die Stimmbürger seien durch Falschinformationen in die Irre geleitet worden, beleidigt nicht nur den Stimmbürger, er ignoriert auch die Resultate der früheren Abstimmungen und missachtet als schlechter Verlierer die demokratischen Spielregeln.

Patienten wollen die Wahlfreiheit

Die Wahlfreiheit beim Medikamentenbezug erlaubt dem Patienten, frei und individuell und von Fall zu Fall über den Abgabekanal seiner Medikamente zu entscheiden. Nachteile aus dieser Wahlfreiheit sind nicht bekannt. Im Notfalldienst, bei Injektionen und Infusionen wird die ärztliche Fachkompetenz im Umgang mit dem Medikament aus der Hand des Arztes selbstredend vorausgesetzt. Jährlich zeigen die Untersuchungen und Statistiken der santésuisse, dass in Kantonen mit ärztlicher Medikamentenabgabe nicht nur die Medikamentenkosten pro Versicherten, sondern auch der prozentuale Anteil der Medikamente an den Ausgaben der Krankenversicherer deutlich tiefer liegen, als in Kantonen mit einem Abgabeverbot. Auch die Arztkosten sind in Kantonen mit ärztlicher Medikamentenabgabe günstiger.*

Die Zeitersparnis und die Medikamentenabgabe ohne Zusatztaxen sind weitere, hochgeschätzte Vorteile, die den Patientinnen und Patienten von Zürich und Winterthur durch trölerische Ränkespiele immer noch verwehrt werden. Wie lange noch?

Auskunftsperson

Dr. med. Josef Widler	Präsident AG Heilmittel der AGZ und Präsident Co-Präsidium des Initiativkomitees	Telefon Praxis: 043 311 20 20 Natel: 079 448 79 48
------------------------------	---	---

Zürich, 1. Dezember 2009

* Auf der Homepage von santésuisse (www.santesuisse.ch) finden Sie unter der Rubrik „Statistiken, Grafiken & Fakten“ die entsprechenden statistischen Belege. Diese Unterlagen werden durch die Kostenträger auf der Basis der durch Versicherungen bezahlten Rechnungen erstellt.

Respektloser Umgang mit Volksrechten!

Vor einem Jahr sagte das Zürcher Stimmvolk

Dieses JA ist bis heute nicht rechtskräftig, weil die damaligen Verlierer unablässig die Gerichte beschäftigen. Unsere direkte Demokratie läuft Gefahr, im Strudel von Einzelinteressen und Richterrecht unterzugehen. Wo bleibt der Respekt vor dem Volk und seinem Willen?

Ja

zur Wahlfreiheit
beim Medikamentenbezug